

## Traktandum 18

2010/213 vom 20. Mai 2010

Postulat von Jürg Degen: Wiederaufnahme Gespräche mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura und Solothurn zum weiteren Vorgehen in Bezug auf den Bau des Wisenbergtunnels

### Schriftliche Begründung des Antrags auf Überweisung und gleichzeitige Abschreibung

#### 1. Ausgangslage

Die Vorvernehmlassung zum Programm «Bahn 2030» hat gezeigt, dass der Bund auch bei dieser neuen Vorlage einen neuen Juradurchstich für nicht dringlich hält. Dies trotz anderer Aussagen sowohl im Rahmen von «Bahn 2000» als auch von «ZEB». Grund für diesen Wandel ist die Aussage der SBB, dass sie den erwarteten Mehrverkehr im Verkehr durch den konsequenten Einsatz von Doppelstockzügen über 2030 hinaus bewältigen kann. Beim Güterverkehr bräuchte es für die Bewältigung des zu erwartenden Verkehrs viele Ausbauten entlang der Nord-Süd Achsen, wie beispielsweise den Einbau des zweiten Gleises am Lötschberg. Da keines der Bauwerke auf der Nord-Süd Achse gebaut werden soll, ist auch der Wisenbergtunnel / 3. Juradurchstich aus Sicht der SBB nicht nötig.

#### 2. Erwägungen

Die Regierung des Kantons Basel-Landschaft hat sich gemeinsam mit den Nachbarkantonen immer wieder unmissverständlich für die rasche Realisierung des 3. Juradurchstichs ausgesprochen. Allerdings gilt die Aufmerksamkeit des Kantons vor allem dem Angebot im Regionalverkehr. Wenn der Bundesrat die Verpflichtungen gegenüber den Nachbarstaaten (Vertrag von Lugano) im Bereich des Bahnbaus aus finanziellen Gründen nicht einhalten kann, so mag dies bedauerlich sein, doch liegt die Verantwortung dafür allein beim Bund.

Im Bereich des Regionalverkehrs hat sich der Landrat klar für die Einführung des Viertelstundentakts im Kernbereich der Regio-S-Bahn Basel ausgesprochen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen diverse Ausbaumassnahmen an die Hand genommen werden. Allen voran die Gleisanlagen beim Ausgang des Bahnhofs Basel SBB, beim St. Jakob Stadion, in Pratteln und insbesondere in Liestal müssen tiefgreifend umgebaut werden. Nur so können die verschiedenen Verkehrsarten voneinander getrennt werden. Derzeit stehen sich Güter- und Personenzüge vielfach im Weg. Der Bau eines 3. Juradurchstichs alleine würde also aus regionaler Sicht wenig bringen. Nur für die Ausbauten von Basel bis nach Liestal sind Kosten von rund einer Milliarde Franken veranschlagt. Damit diese für den Kanton prioritären Bauwerke möglichst schnell vorangetrieben werden, werden die Planungen durch den Kanton mitfinanziert.

Die Vor- oder Mitfinanzierung von Bauwerken, welche zum überwiegenden Teil den nationalen und internationalen Verkehr dienen, lehnt der Regierungsrat hingegen ab. Die Kantone sind bereits

stark bei der Finanzierung der Privatbahninfrastruktur (z.B. BLT) involviert. Wenn der Bund internationale Verpflichtungen eingeht, so ist er auch für die Erfüllung verantwortlich. Solche Aufgaben dürfen nicht auf die Kantone abgeschoben werden. Anzunehmen, die Kantone könnten den Bau im Umfang von zwei bis vier Milliarden Franken oder auch nur einen Teil davon vorfinanzieren, ist auch illusorisch. Ein solcher Betrag übersteigt die kantonalen Budgetmittel bei weitem. Ein solches Projekt braucht einen nationalen Kraftakt. Diese Haltung wird von den Nachbarkantonen geteilt.

Die Lobbyarbeit wurde in enger Abstimmung mit den Nachbarkantonen, dem Komitee Pro Wisenberg sowie der Handelskammer beider Basel bereits deutlich verstärkt. Allerdings darf nun nicht die ganze Aufmerksamkeit der Nordwestschweiz alleine auf den dritten Juradurchstich gelenkt werden. Die Realisierung des Viertelstundentakts aber auch die Sicherstellung der Infrastrukturfinanzierung der BLT und der WB dürfen nicht hinten anstehen.

Der Vorschlag, nun halbjährlich einen Bericht zu publizieren, ist kontraproduktiv. So wird die Verwaltung mit zusätzlichen Arbeiten belastet, welche keinerlei Wirkung entfalten. Vielmehr ist wichtig, dass sich der Kanton nicht in der Bürokratie verzettelt, sondern unter tatkräftiger Mithilfe der Verwaltung für einen raschen Planungsfortschritt beim Zulauf zum Wisenbergtunnel zwischen Basel und Liestal sorgt.

#### Antrag:

**Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat 2010/213 zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.**